

Der Volksstaat

Abonnementspreis für ganz Deutschland 16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 1ten u. 15ten Monat und auf den 3ten Monat besonders angenommen; im Sgr. Sachsen u. Preuss. Sach.-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 5 1/2 Sgr.

Erscheint in Leipzig Mittwoch, Freitag, Sonntag. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten u. Buchhandlungen des In- u. Auslandes. Filial-Expeditionen für die Vereinigten Staaten: F. M. Sorge, Box 101 Hoboken, N. J. Peter Haß, S. W. Corner Third and Coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Ngr., — Privat- und Bergschlags-Anzeigen mit 2 1/2 Ngr. die dreizehnpaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 133.

Freitag, 13. November.

1874.

Alle Parteigenossen im 14. Wahlkreise werden aufgefordert, über die stattgehabten Wahlbeeinflussungen und Umtriebe Seitens der vereinigten Gegner genaue und zuverlässige Berichte an die Redaktion des „Volksstaat“ sofort einzusenden.

Enthüllungen über den Kommunisten-Prozess in Köln. (Fortsetzung.)

Und nun gar seit Vorlage des Original-Protokollbuchs! Die preussische Regierung zitterte vor Enthüllungen. Verbach aber hatte Bestätigungsmaterial von Marx erhalten; es war vorauszu-nehmen, daß er Aufklärungen über das Protokollbuch erhalten würde. Durch seine Verhaftung wurde ein neues Verbrechen proklamirt, die Correspondenz mit Marx, und Gefängnisstrafe auf dieses Verbrechen gesetzt. Das sollte jeden preussischen Bürger abhalten, sich zum Adressaten herzugeben. A bon entendeur demi mot. Verbach wurde eingeschlossen, um das Bestätigungsmaterial auszuschließen. Und Verbach sitzt fünf Wochen. Hätte man ihn sofort nach Schluß der Prozedur entlassen, so proklamirten die preussischen Gerichte offen ihre willenslos sklavische Unterwerfung unter die preussische Polizei. Verbach saß ad majorem gloriam der preussischen Räter.

Stieber schwört, daß „Marx nach Verhaftung der Kölner Angeklagten die Ratzen seiner Partei in London wieder zusammengeführt und mit etwa achtzehn Personen eine neue Centralbehörde gebildet.“

Diese Ratzen waren nie auseinander gegangen, sondern waren so gefügt, daß sie seit dem September 1850 fortwährend eine private society bildeten. Stieber läßt sie durch ein Wachgebot verschwandern, um sie nach Verhaftung der Kölner Angeklagten durch ein anderes Wachgebot in's Leben zurückzurufen, und zwar als neue Centralbehörde.

Montag, den 26. Oktober, traf die „Kölnische Zeitung“ mit dem Bericht über Stieber's Aussage vom 23. Oktober in London ein.

Die „Partei Marx“ hatte weder eine neue Centralbehörde ge- bildet, noch Protokolle über ihre Zusammenkünfte geführt. Sie trieb sofort den Hauptfabrikanten des neuen Testaments — Wilhelm Hirsch aus Hamburg.

Sie schickte sich Anfang Dezember 1851 bei der „Gesellschaft Marx“ als kommunistischer Hüchling. Briefe aus Ham- burg denuncirten ihn gleichzeitig als Spion. Man beschloß indes, ihn einzuweisen in der Gesellschaft zu dulden, zu überwachen und sich Beweise über seine Schuld oder Unschuld zu verschaffen. In der Zusammenkunft vom 15. Januar 1852 wurde ein Brief aus Köln verlesen, worin ein Freund von Marx der obermaligen Ver- leumdung des Prozesses gegen und der Schwereigkeit, selbst für Bewandte, Zutritt zu den Gefangenen zu erhalten. Bei dieser Gelegenheit wird Frau Dr. Daniels erwähnt. Es fiel auf, daß Hirsch seit dieser Sitzung wieder in „unmittelbarer Nähe“, noch in der Perspektive erblidbar wurde. Am 2. Februar 1852 erhielt Marx von Köln die Anzeige, bei Frau Dr. Daniels sei Handsuchung erhalten worden in Folge einer Polizei-Denunciation, wonach ein Brief der Frau Daniels an Marx in der Londoner kommunistischen Gesellschaft verlesen und Marx beauftragt worden sei, der Frau Dr. Daniels zu antworten, Marx beschäftigte sich damit, den Bund in Deutschland zu reorganisiren u. s. w. Diese Denunciation bildet wörtlich die erste Seite des Original-Protokollbuchs. — Marx antwortete umgehend, da Frau Daniels nie an ihn ge- schrieben, könne er keinen Brief von ihr verlesen haben. Die Marx'sche Denunciation sei die Erfindung eines gewissen Hirsch, eines überlichen jungen Menschen, dem es nicht darauf ankomme, für Marx's Geld der preussischen Polizei so viele Lügen aufzubinden, als sie wünschte.

Seit dem 15. Januar war Hirsch aus den Zusammenkünften verschwunden; er wurde jetzt definitiv aus der Gesellschaft aus- geschlossen. Zugleich beschloß man, das Gesellschaftsprotokoll und den Log der Zusammenkünfte zu wechseln. Bisher war man zusam- mengekommen in Harringdon-Street City bei J. W. Masters, Markthaus und zwar Donnerstags. Nun verlegte man den Tag der Zusammenkunft auf Mittwoch und das Gesellschafts- protokoll nach Rose and Crown Tavern, Crown-Street, Soho. Hirsch, den der Polizeidirektor Schulz unerkannt in die Nähe von Marx zu hingen mußte, kannte trotz der „Nähe“ noch acht Monate später weder Gesellschaftsprotokoll, noch Zusammenkunftstag. Vor wie- nach Februar verhandelte er dabei, sein „Original-Protokoll- buch“ an einem Donnerstags zu fabriciren und von einem Don- nerstags zu datiren. Man schloß die „Kölnische Zeitung“ nach und man findet: Protokoll vom 15. Januar (Donnerstag), item 19. Januar (Donnerstag), und 4. März (Donnerstag), und 13. Mai (Donnerstag), und 20. Mai (Donnerstag), und 22. Juli (Donnerstag), und 29. Juli (Donnerstag), und 23. September (Donnerstag), und 30. September (Donnerstag).

Der Wirth der Rose and Crown Tavern gab vor dem Ma- gistrat von Marlborough Street die Erklärung ab, daß die „Ge- sellschaft des Dr. Marx“ sich seit Februar 1852 jeden Mittwoch bei ihm versammle. Liebknecht und Rings, von Hirsch zu Sekre- taren seines Original-Protokollbuchs ernannt, ließen ihre Unter- schriften vor demselben Magistrat beglaubigen. Endlich verschaffte man sich die Protokolle, die Hirsch im Stenographischen Arbeiterverein beschrieb hatte, so daß seine Handschrift mit der des Original-Pro- tokollbuchs verglichen werden konnte. So war die Unschicklichkeit des Original-Protokollbuchs bewiesen,

ohne daß es nöthig war, auf die Kritik eines Inhalts einzugehen, der sich in seinen eigenen Widersprüchen auflöst.

Die Schwierigkeit bestand darin, den Advokaten die Dok-umente zuzufinden. Die preussische Post war nur noch ein Vor- posten, von den Grenzen des preussischen Staates bis nach Köln aufgestellt, um den Verteidigern die Woffenzufuhr abzuschneiden.

Man mußte zu Umwegen seine Zuflucht nehmen und die ersten Dokumente am 26. Oktober abgeschickt, konnten erst am 30. Ok- tober in Köln antommen.

Die Advokaten waren daher zunächst auf die in Köln selbst sparsam zugänglichen Verteidigungsmittel angewiesen. Stieber erhielt den ersten Stoß von einer Seite, von der er ihn nicht er- wartete. Justirath Müller, der Vater der Frau Dr. Daniels, ein als Jurist geschätzter und wegen seiner konservativen Richtung bekannter Bürger, erklärte in der „Kölnischen Zeitung“ vom 26. Oktober, daß seine Tochter nie mit Marx korrespondirt habe, und daß das Originalbuch des Stieber eine „Fälschung“ sei. Der am 3. Februar 1852 nach Köln gesandte Brief, worin Marx den Hirsch als Mouchard und Fabrikanten falscher Polizei-Notizen bezeichnete, wurde zufällig aufgefunden und der Verteidigung zu- geschickt. In der Ausschnittklärung der „Partei Marx“ aus dem Great Windmill-Berein, die im Archiv Diez vorlag, fand sich die erste Handschrift des B. Liebknecht. Endlich erhielt Advokat Schneider II. von dem Sekretär der Kölnischen Armenverwaltung Birnbaum echte Briefe des Liebknecht, und von dem Privatsekretär Schwitz echte Briefe des Rings. Auf dem Gerichts-Sekretariat verglichen die Advokaten das Protokollbuch theils mit Liebknecht's Handschrift in der Austrittserklärung, theils mit den Briefen von Rings und Liebknecht.

Stieber, schon durch die Erklärung des Justiraths Müller be- unruhigt, erhielt Kunde von diesen Unheil verkündenden Schrift- forschungen. Um dem drohenden Schlage zuvorzukommen, springt er wieder vor in der Sitzung vom 27. Oktober und erklärt: „Der Umstand sei ihm sehr verdächtig gewesen, daß die in dem Buche vorkommende Unterschrift des Liebknecht von einer anderen bereits in den Akten enthaltene, sehr abweichend erschienen sei. Er habe deshalb weitere Entwendungen eingezogen und gehört, daß der Unterzeichner der fraglichen Protokolle B. Liebknecht heiße, wäh- rend dem in den Akten vorkommenden Namen B. vortsch.“ Auf die Frage des Advokaten Schneider II.: „Wer ihn mitgetheilt, daß ein B. Liebknecht existire,“ verweigert Stieber die An- wort. Schneider II. fragt ihn weiter nach Auskunft über die Personen des Rings und Ulmer, die neben Liebknecht als Sekre- täre unter dem Protokollbuche figuriren. Stieber ahnt eine neue Falle. Dreimal überhört er die Frage und sucht seine Verlegen- heit zu verbergen, sucht Fassung zu gewinnen, indem er dreimal ohne allen Kall wiederholt, wie er in den Besitz des Protokoll- buchs gelangt ist. Endlich stammelt er die Worte: Rings und Ulmer möchten wohl keine wirklichen, sondern bloße „Bund- es-Ratzen“ sein. Die beständig im Protokollbuche wiederholte An- führung der Frau Daniels als Correspondentin von Marx erklärt Stieber dadurch, daß man vielleicht Frau Dr. Daniels lesen und Notariatskandidat Verbach verstehen müsse. Advokat v. Hont- heim interpellirt ihn wegen des Hirsch. „Auch diesen Hirsch, schwört Stieber, kenne er nicht. Daß derselbe aber nicht, wie das Gerücht gehe, ein preussischer Agent sei, gehe daraus hervor, daß man preussischer Seite auf denselben vigiliert habe.“ Auf seinen Wink summt Goldheim vor: „Er sei im Oktober d. J. 1851 nach Hamburg geschickt worden, um des Hirsch habhaft zu werden.“ Wir werden sehen, wie derselbe Goldheim am nächsten Tag nach London geschickt wird, um denselben Hirsch habhaft zu werden. Also derselbe Stieber, der behauptet, für baares Geld das Archiv Diez und das Original-Protokollbuch von Flücht- lingen gekauft zu haben, derselbe Stieber behauptet jetzt, Hirsch könne nicht preussischer Agent sein, weil er Flüchtling sei! Je nachdem es ihm in den Kram paßt, reicht es hin, Flüchtling zu sein, um von Stieber die absolute Verlässlichkeit oder die abso- lute Unbestechlichkeit garantirt zu erhalten. Und ist nicht Fleury, den Stieber selbst in der Sitzung vom 3. November als Poli- ze-Agenten denuncirt, ist nicht auch dieser Fleury politischer Flüchtling? (Fortf. folgt.)

Fremdwörter-Erklärung: à bon entendeur demi mot, für den, der gut versteht, genügt ein halbes Wort; ad majorem gloriam, zur größeren Ehre; private society, private Gesellschaft; Mouchard, Spion, Spitzel.

Zur Frauen- und Kinderarbeit.

In Nr. 122 des „Volksstaat“ ist ein Artikel des Fabrikanten- blatts „Concordia“ abgedruckt, mit Auszügen aus einem Bericht der Zittauer Handels- und Gewerbestammer, worin u. A. er- zählt wird, bei einer „Abhörnung“ von Arbeitern der H. K. Mül- ler'schen Flachspinnerei zu Hirschfeld hätten 8 Arbeiter, Väter von zusammen 40 Kindern, von denen 11 die genannte Fabrik besuchten, sich mit wahrer Begeisterung für die Ausbeutung der Kinder in den Bourgeoisfabriken ausgesprochen: es würde den Kindern dort „Dünung, Pünktlichkeit und Sauberkeit“ aortzogen, von „Verinträchtigung der Gesundheit und Minderkeit“ sei nichts zu verspüren, und eine Beschränkung der Kinderarbeit würde sie, (die 8 Arbeiter, Väter von zusammen 40 Kindern, von denen 11 die Müller'sche Mülserfabrik besuchten) „nicht allein wegen des dann abnehmenden Verdienstes, sondern auch wegen des Mangels an geeigneter Aufsicht und Beschäftigung für die Kinder sehr in- teressiren.“ Daß die „8 Arbeiter, Väter von“ ic. ic. wirklich ein solches Zeugniß abgegeben haben bezweifeln wir nicht im Geringsten, ja halten es unter den obwaltenden Umständen für

sehr natürlich. Der Mensch ist das Produkt der Verhältnisse, denen entsprechend sich der Charakter und die Anschauungen for- miren. Arbeiter, die ihr Leben lang in erdrückender, hoffnungs- loser Sklaverei vegetiren, vermögen natürlich der Regel nach nicht sich zu mannhafter Unabhängigkeit der Gestattung emporzuheben; und Varias, welche mit Frau und Kind des Hungertodes gewärtig sein müssen, wenn sie nicht Frau und Kind dem Fabrikmoloch überliefern, betrachten die Frage der Frauen- und Kinderarbeit natürlich von einem anderen Standpunkt als dem der Humanität und Wissenschaft. Daß das Unnatürliche natürlich, ist eben das Entsetzliche, zeigt die Tiefe des Abgrunds, offenbart die Ausden- kelpfstellung, die Umbrehung alles Menschlichen in unserer und durch unsere bürgerliche Gesellschaft. Für diese „Entertben“ ist die Kinderarbeit eine Magenfrage, im schlimmsten, niedrigsten, gemeinsten Sinne des Wortes — eine Magenfrage, in welcher der Hunger entscheidet, ter Hunger, sprichwörtlich der schlechteste Be- rathgeber. Und in dieser Gestalt ist die „Magenfrage“ den Herren Bourgeois genehm. Nur wenn der launrende Magen Unzufrieden- heit lehrt mit den heutigen Zuständen, wenn er bellt gegen die schwelgenden Müßiggänger — dann Anathema! Was er predigt, ist Aufreizung, Umsturz, Appell an die „Bestie im Menschen“. Wenn er sich aber feig duckt, händlich die Hand leckt, welche den Brodloch hält — dann ist sein Winseln und Betteln die Sprache der höchsten Weisheit.

Daß Väter die eigenen Kinder „freiwillig“ dem Verderben preisgeben, das heißt nicht aus äußerem Zwang, sondern aus Noth, ist eine furchtbare Klage gegen das System, welches sie in diese Nothlage verlegt hat. Und daß sie sich förmlich dazu drängen, die Kinder dem Kapital in den Rücken zu schleudern, das ist geradezu monströs. Jene Mutter, die um das eigene Leben vor den Wölfen zu retten, ihr Kind ihnen vorwarf, wurde vom Volk verflucht und starb im Wahnsinn. Eltern, die ihre Kinder dem Moloch der Bourgeoisproduktion hinwerfen, um sich vor dem Wolf: Hunger zu retten, sind bloß deshalb weniger verfluchens- werth, weil sie dadurch auch die Kinder momentan vor dem Hungertod retten, freilich nur um sie langsam verkommen zu lassen. Im Grand ist es derselbe Unterschied wie zwischen der „nassen Guillotine“, die im Nu mit Einem Schlag tödtet, und der „trocknen Guillotine“, welche die Tötung über Monate oder Jahre andehnt. Je genauer wir uns die Sache ansehen, desto empörender erscheint es, daß die behaglichen Agenten der Bourgeoisie — denn das ist der Verfasser jenes Berichts der Zittauer Handels- und Gewerbestammer, und der Veranfallter jener „Abhörnung“ — durch Hunger demoralisirte, korrumpirte, entmannete Arbeiter als Zeugen für die Moralität und Heilsamkeit des Ausbeutungssystems herbeischleppen, durch welches diese nämlichen Arbeiter demoralisirt, korrumpirt, entmannt worden sind. Mit dem gleichen Recht — wenn auch nicht ganz mit der gleichen Niedertracht, da der Zwang hier nicht so direkt ist — könnte man die Moralität und Heilsamkeit der Prostitution durch die „Abhörnung“ von Müt- tern beweisen, die ihre eigenen Töchter verpuppt und dies mit ihren Moralbegriffen in Einklang gebracht haben. An derartigen Müttern soll's ja nicht fehlen in dieser besten der Welten.

Nun — die Bourgeoisie ist nicht kühnlich in puncto der Moral, und folglich nicht wählerrisch in ihren Mitteln, und kann es und also nicht Wandler nehmen, daß das Resultat besagter „Abhörnung“ der 8 Arbeiter, Väter von zusammen 40 Kindern“ ic. in Bour- geoiszeitungen aufmarschiren muß, um zu beweisen, daß die Kin- derarbeit in den Fabriken eine Wohlthat für die Kinder und ein Segen für die Eltern ist, daß die erwachsenen Arbeiter die Kin- derarbeit als Segen und Wohlthat auffassen, und daß — dies wird nicht, wenigstens nicht in allen Blättern herausgesagt, aber dem Leser auf die Zunge gelegt — der Reichstag sich ein Ver- dienst — nicht um die Fabrikanten, bei Leibe nicht! nein um die Arbeiter im Allgemeinen, und die Arbeiter-Kinder, im besondern erwerben würde, entschloße er sich, diesen Segen und diese Wohl- that für Jung und Alt durch Verlängerung der Kinderar- beitszeit dem arbeitenden Volk in ausgedehnterem Maße als bisher zu Gute kommen zu lassen. Unter Andern druckte das „Reichenbacher Wochenblatt“ vor einigen Tagen die „Abhörnungs-“ Notiz unter der Rubrik „Eingefandt“ ab, dazu bemerkend, daß die „Abhörnung“ durch den Hirschfelder Bürgermeister vorgenommen worden. Auf dieses liberale „Eingefandt“ antwortete unser Par- teigenosse Pöschel mit einem sozialdemokratischen „Eingefandt“, das wir nachstehend unverkürzt mittheilen:

„Bean der betr. Herr Bürgermeister in dem bezeichneten Arti- kel glauben sollte, er habe in dieser Frage den Stein der Weisen gefunden, so dürfte er sehr ins Blaue geschossen haben, eine Krit- ik dieses „Eingefandt“ wird dies klar legen. Es heißt dort: daß indessen in den Arbeiterkreisen selbst nicht durchweg diese Auffas- sung (daß die Kinderarbeit schädlich ist) getheilt wird, das hat eine „Abhörnung“ (soll wohl heißen „Befragung“) von Arbeitern in der großen Müller'schen Flachspinnerei in Hirschfeld durch den dortigen Bürgermeister bewiesen. Bei derselben haben 8 Arbeiter u. s. w. Wer nun solche Mäander kennt, der wird wissen, daß derjenige, welcher mandorirt, allemal di-jenige Antwort erhält, welche er haben will, und wir weisen nicht, daß wenn der betr. Herr Bürgermeister eine bejandene Antwort bei einer fernern Ab- hörnung, daß Kinder von Fabrikarbeitern überhaupt gar keinen Schulunterricht mehr haben sollen, hätte haben wollen, er würde davon mehr als 8 in der betr. Fabrik gefunden haben, welche dies mit „ja“ beantwortet hätten. Auffallen muß es aber doch, daß bloß 8 Arbeiter es waren, welche der Herr Bürgermeister abhörte, wie es im „Eingefandt“ heißt. Es läßt sich vermuthen, daß diese 8 herausgesucht oder vielleicht auch dazu hergerichtet

waren. Außerdem ist es gar nicht zu bezweifeln, daß wenn der Herr Bürgermeister sämtliche Arbeiter in der betr. Fabrik abgehört hätte, kaum einer den Rath würde gehabt haben, sich gegen- theilig auszusprechen. Es war aber dieses Wöndver des Herrn Bürgermeisters ein ganz überflüssiges, denn die Sozialdemokraten und Alle, die für Abschaffung der Kinderarbeit in den Fabriken sind, wissen und haben schon längst gewußt, daß sie ihre größten Gegner unter einem großen Theil der Fabrikarbeiter selbst haben. Wollte sich aber der betr. Herr Bürgermeister ein Verdienst um die Sache erwerben, so hätte er gerade von seinem Standpunkte aus, ganz andere Fragen aufstellen müssen. Wir meinen, er hätte müssen fragen: Ist die Kinderarbeit in den Fabriken unbedingt nothwendig, und ist sie im Interesse des allgemeinen Wohles zu- lässig? Die erstere dieser Frage lassen wir wegen Mangel an Raum unberührt, zur zweiten wollen wir von unserm Standpunkte aus einige Bemerkungen uns erlauben.

Wenn man im gewöhnlichen Leben über unsere gesellschaftlichen Zustände spricht, so hört man nicht selten die bittersten Klagen über Verwilderung der Volksmassen, und wie sich gebildet sein Wollende hier und da in dieser Beziehung aussprechen, ist oft be- trübend. Daß diese Klagen hin und wieder begründet, wohl auch mitunter übertrieben sein mögen, wir möchte dies leugnen? Allein nun wird man doch zu der Frage gedrängt, woher solche Zustände? Und die Antwort darauf werden wir finden, wenn wir Vergleiche anstellen zwischen Fabrik- und Provinzialstädten. Wir werden in den letztern weit weniger derartige Klagen hören als in den erstern und demnach dürfte man schließen, die Ursache liege in den Fa- briken. Damit man uns aber nicht beschuldigen möge, wir werfen den Stein auf sie, so lehren wir zu unserm „Eingefandt“ zurück. In demselben heißt es weiter: daß Ordnung ic. in der Fabrik den Kindern angezogen würde, kann Niemand läugnen, der ein Kind in einer gut geleiteten Fabrik habe ic., darnach muß es aber auch nicht gut geleitete Fabriken geben (doch diese gute oder nicht gute Leitung kann sich wohl nur auf Sittlichkeit beziehen, denn finanziell sind wohl die meisten gut geleitet, was eben die Kinderarbeit beweist) und es fragt sich nur, wie viel es überhaupt gute oder nicht gut geleitete derselben giebt und wenn nun der größte Theil zu den letztern gehörte, was sollte dann aus diesen Kindern werden?

Und wenn nun diese Klagen gegen die Fabriken in dieser Be- ziehung gerecht wären, so könnte die Schuld doch nur die jüngern Arbeiter treffen, weil die älteren wohl schwerlich von ihren ange- zogenen Grundtugenden abgehen und wenn dies nun in aufsteigender Linie von Geschlecht zu Geschlecht sich fortpflanzte, würde da nicht Schiller's Wort eintreffen: „dies ist der Fluch der bösen That, daß sie fortreißend Böses muß gebären?“ Und es haben sich's ge- wöhnlich diejenigen selbst zuzuschreiben, welche ein schlechtes Haus bauen, daß sie, wenn es eintritt, besorgen müssen unter den Trüm- mern begraben zu werden. Diejenigen aber, welche für Abschaf- fung der Kinderarbeit in den Fabriken sind, und besonders die Sozialdemokraten streben dahin, daß sittliche Zustände geschaffen werden. Diejenigen, welche für Erhaltung der jetzigen Zustände sind, gleichen einem Landwirth, welcher fortwährend Raubbau treibt; nur werden sie den Schaden in anderer Weise empfinden wie diese, aber sicherlich gewiß.

Es ist endlich nicht in Abrede zu stellen, daß, wenn die Kin- derarbeit in den Fabriken abgeschafft wird und dieselben sollten ohne Pflege sein, das Uebel größer würde als zuvor. Allein, wollen die Menschen schönere und stillere Zustände haben, so müssen sie die Jugend dazu bilden und an dem alten Bürger- schulgebäude zu Reichenbach war über der Eingangs Thür die In- schrift: Der Jugend-Bildung gewidmet. Moriz Löcher.

Ein Dichter des Materialismus.

C. L. „Goldene Früchte in silberner Schale“ pflegt die Re- klame die Produkte zu nennen, womit die modernen Dichtertlinge das deutsche Volk zu beglücken bestrebt sind; doch wenn einmal ein „Unschuldiger“ sich betheören läßt, von diesen Früchten des deutschen Dichterberaumes zu kosten, dann wird er sicher von hun- dert neun und neunzig finden, die sich als taube Rasse erweisen. Diese Erfahrung flößt ein berechtigtes Mißtrauen gegen die Poesten der Neuzeit ein, und die ernst angelegte Sozialdemokratie ist be- sonders kühl gegen die landläufige Poesie geworden. Wenn wir nun heute dem Leser eine neuere Dichtung vorführen, dann mag er einen Augenblick das Mißtrauen bei Seite legen, der Kern der Frucht, welche sich ihm darbietet, ist wirklich gut und schmackhaft.

„Drammors gesammelte Dichtungen, Berlin — Ge- brüder Pötel,“ so betitelt sich das Buch, welches uns vorliegt. Drammor ist ein Pseudonym, ein Name, welcher nicht der wahre des Dichters ist. Doch der Name ist Nebensache. Wie es dem Dichter nur darauf ankommt, seine Gedanken zum Gemeingut der Menschen zu machen, so sind es für uns denn auch nur diese Gedanken, die uns fesseln, alles Andere ist gleichgültig. Wir nennen den Kern der Dichtungen einen guten und schmackhaften, und wenn wir das Lob nicht auf die ganze Sammlung ausdehnen, kann geschah dies, weil wir an dem Kern eine Menge An- hängsel fanden, was für einen sozialdemokratischen Klagen nicht recht verdaulich ist. Der Dichter hat seine Entwicklung gehabt, wie wir sie bei den meisten mit einem unbestimmten Freiheits- drange ausgerüsteten Naturen finden. So begegnen wir denn in der Sammlung Gedichten aus den verschiedensten Lebensjahren des Dichters, von denen uns die Mehrzahl — so schön und voll- endet ihre Form auch ist — wenig interessiert. Ein größeres In- teresse erwecken die Dichtungen aus der Zeit seiner politischen Romantik, in welcher wir den Dichter als einen überschwänglichen deutschen Nationalen finden, allerdings als einen der besten Art, denn sein deutscher Traum ist ein nationaler Friedens- und Freiheitsstraum.

Auf zerrissenen Standarten liegt des Feldherrn Vorbeerkang, — Weiter schweifen meine Blicke, — dir, o Zeit, gehör' ich ganz. Eisenbahnen, Telegraphen, Handelsflotten möcht' ich bauen, Und durch Riesenteleskope ferne Horizonte schauen. Mutter Zeit, du wunderbare! Freiheit süßes Himmelsbild, Eure besten Kämpen führen einen Pflug im Wappenschild.

Reichgedorne Müßiggänger, die des Lebens wärmster' Kus Nicht entflammt zu lähner Sehnsucht, nicht bewahrt vor Ueber- druz.

Ihr verlaßt die heil'ge Flamme, die in meinem Herzen brennt Weiber, Pferde, Histrionen — das ist Alles, was ihr kennt. Ein Gedicht der Sammlung ließ uns etwas enttäuscht das Buch einen Augenblick schließen. Es war ein Gedicht zum Preise des hingerichteten „Kaisers Maximilian“. Der Dichter betrachtete Maximilian als den „Retter einer stehenden Nation“, erfüllt von Wahrheit und Freiheit. Wir wollen hier nicht mit dem Dichter über diesen bei ihm besonders auffallenden Standpunkt rechten,

der bei der österreichischen Bourgeoisie reichen Beifall gefunden; die Anhängsel interessieren uns eben wenig. Werth hat für uns nur der Kern, und wir verzichten um so leichter auf weitere Be- merkungen über den „Kaiser Maximilian“, weil wir annehmen, daß des Dichters heutiger Standpunkt ein ganz anderer ist als derjenige, welchen er im Augenblicke der mexikanischen Katastrophe einnahm.

Doch nun endlich zur Hauptfrage! Es ist ein recht altes Kunststück der Priester und Könige, die Böller, welche sie aus- saugen, auf das Jenseits zu verweisen, wo das Himmelreich mit seinen Freuden ihnen reichen Lohn für die Wollte gewährt, welche ihnen auf Erden „von Gottes Gnaden“ abgehoren wird. Wenn die sklavisch erzogene Menge sich solche Geschichtchen vormachen läßt, dann darf man sich darüber nicht sonderlich wundern; wenn aber geistig helle Köpfe mit einem derartigen, wenigstens ähulichen Wahne umherlaufen, und von einem geistigen Fortleben nach dem Tode träumen, dann ist ein solcher Standpunkt wohl auf Schwäche der Urtheilskraft, trotz aller sonstigen Klarheit, zurückzuführen. Die deutschen Dichter haben mit wenigen Ausnahmen Auserstehungs- hoffnungen getragen und der Dichtersfürst der deutschen Bourgeoisie (?), Goethe, läßt seinen Faust den Wunsch äußern: „ätherisch durch den Sternensraum zu schweifen“. Anders Drammor. Er kann dieses ätherische Weiterleben nicht begreifen. „Ich bin für sol- chen Kauf zu geistlos!“

Es sind zwei Gedichte, in denen der Dichter auf der Höhe des Lebens sich zeigt, der „Dämonenwälder“ und das „Requiem“, beide am Schlusse der Sammlung, damit die letzte Stufe an- zeigend, zu der die Entwicklung des Dichters gelangt ist.

Der „Dämonenwälder“ ist ein Faustgedicht des Materialis- mus. Der ruhebedürftige einsame Fremdling tritt nach langer Zeit zum ersten Male in eine graue, kühle Kathedrale. Der „Heiland mit der Dornenkrone“ fällt ihm auf.

„Nicht laien kann ich Vor jeaem hohen Schmerzenbilde, Das mir noch keinen Trost Und keine Hoffnung gesendet. Was kümmerst mich Bergängliche Menschenzusage, Wenn innre Stimmen mir sagen „Wie wurde Gott An's Kreuz geschlagen.“ Nicht glauben kann ich An deine göttliche Sendung, Aber ich glaube, Christus, An deine göttliche Liebe.“

Zweifelnd schaut der Fremdling zu dem „das Weltall be- wegenden Urgeiste“ auf, zweifelnd, ob er zu ihm, dem Atome, gnädig hernieder schaue. Ihn rief er an, ihn nicht länger mit Dämonen ringen, keinen Geier sein Herz zerfleischen zu lassen, Wenn männliches Entsetzen Mich an Prometheus Felsen schmiedet.

Er verlangte vom Urgeiste kein ewiges ätherisches Leben, sondern nur Kraft des Herzens und —

— wenn es Sich nicht erheben kann zu freier, Olympischer Weltverachtung, Oder zu schöner, allgemeiner, Sich selbst vergessender Menschenliebe, Dann möge der Bon mir zur Schau getrag'ne, Nur meinem Gram entflammte, Frostige Gleichmuth Nicht mehr erkünstelt sein, Dann komme des Friedhofs Ruhe, Des Grabes Kälte über mich, Und lasse mein Blut erstarren. Ich leide, weil ich zu heiß, Weil ich zu menschlich fühle; Erlöse mich aus solcher Noth! Innerlich todt sein, nicht nur scheinen, Ist das nicht besser, Als thörichte Sehnsucht In öde Nacht hinaus zu weinen?“

Doch nicht der „Friedensengel, der Bote mit der umgestürzten, auf immer verrauenden Fadel“ erbarmte sich des Klöhnenden. Das Leben umfluthete ihn plötzlich, und in ihm findet Drammors Faust reichen Genuß. Die Liebe zu einem „gefallenen Kinde“ be- seligt ihn, und am Schlusse des Liebes- und Lebendrades ringt er nicht mehr mit Dämonen.

„Und als der Sonne lebendiger Strahl Von des Domes gold'nen Spizen Wie göttlicher Augen Blitzen In mein sündiges Herz sich stahl, Sagt an, ihr dunkeln Gewalten, Ließ erwachende Scham, Ließ verweisselnder Gram Meine Pulse erkalten, Daß ich in Grabeshäuer erbeite?“

Rein! mich belehete, Nach langen Seelenleiden, Entzündende Wärme, strahlendes Licht.“ —

Es ist eine wunderbare, mächtig ergreifende und fesselnde Dich- tung dieser „Dämonenchor“, und wohl werth, Gemeingut aller Erdenkinder zu werden.

Drammor, welcher im Erdenleben Befriedigung gefunden und volle Versöhnung, kann es nicht schwer fallen, sichtslos dem letzten Augenblicke des Lebens entgegen zu sehen. Doch er ist nicht allein gefaßt, sondern begeistert beim Anblicke des Sisenmannes. Im „Requiem“ zeigt er sich uns als ein glühender Sänger des Todes, Den ich gefürchtet, als des Schaffens Drang Aus meiner Heimath Gauen mich verbannte, Als ich zu freien Thaten mich ermannte, Entwöhnt von Orgelton und Glockenklang: Tod, den ich schon verachtete und betastet, Troß der Verheißung seliger G'stalt, Den ich nicht liebe, weil des Daseins milde Gewohnheit auch auf meinen Säultern lastet. Den ich getroßt erwartete, weil das Eude, Der letzte Schlaf, den keine Träume stören, Des Auserstehens schmerzliche Legende Mich weder schrecken können, noch betören. Herr über Alles, was die Sonnen wecken, Was kreucht und stucht — erhöre mein Gebet! Ich will dein Sänger sein und dein Prophet, Doch nur, um dich mit Rosen zu bedecken. Ich preise des Bernichters Schöpfungskraft, Ewig verjüngend das für uns Verlorne. (Schluß folgt.)

Der Reichstag, nachdem er sich mühsam aus dem Sumpfe der Beschlunfähigkeit herausgeschleppt, „arbeitet“ in der bekannten Weise: Mandatodmachung der Gegner, fabrikmäßige Verhandlung der Vorlagen, Richtthurnmetreanen der Seruilität zu dem Zielstreif Jal Bei der ersten Lesung des Landsturmgesetzes (am Donnerstags tag) trat diese reichstägliche Eigenthümlichkeit recht deutlich hervor. Der Vertreter des Kriegsministeriums behauptet, die Maßregel habe gar nichts zu bedeuten, sei rein defensiv; ein Ultramontane widerspricht dem und führt aus, daß sie eine Verlängerung der Dienstzeit um 10 Jahre bedeutet; ein obskurer Nationalliberaler sagt Amen zu dem, was der Vertreter des Kriegsministeriums gesagt; ein Fortschrittler (Herr Dunder) thut desgleichen, unter einigen Stiebererentungen, die in einer unterthänigen Beschwung endigen und dann — Klappe zu! Ein Sozialdemokrat hatte sich zum Wort gemeldet: Schluß der Diskussion. Verweisung des Gesetzes vor eine Kommission. — Kehlich ist die Budget- debatte verlaufen: ein reberisches Schauturnen, in dem keiner dem andern weh that und rascher Schluß der Debatte, um keines ernsthaften Gegners zum Wort kommen zu lassen. Fürwahr, es gibt nur Einen Reichstag! Das Bedienten-Corps-Legislativ des Vo- naparte war ein Condent dagegen.

— Welche „Bildung“ die sog. „höheren Bildungsan- stalten“ den Söhnen der „gebildeten Stände“ beibringen, erhellt aus folgender Mittheilung des „Leipziger Tageblatt“ d. d. 30. Ok- tober: „In der letzten Zeit sind wiederholt Klagen laut geworden darüber, daß ältere Schüler namentlich der höheren Lehranstalten in durchaus ungebührlicher Weise die Schüler der unteren Klassen zu insultiren sich erlauben. So ist erst gestern ein Realisüler, wel- cher sorglos den Neumarkt heraufgegangen, von einer aus dem „die Maria“ genannten Hause hervorbretenden Anzahl älterer Schüler mit einem eigenartigen Instrument in nicht unbedeutlicher Weise am Kopfe verlegt worden, ohne daß es gelungen ist, auf nur Einen aus der Gesellschaft zu ertappen. Dieser Fall sich übrigens nicht vereinzelt da, denn auch von anderer Seite werden Klagen über das unblöbliche Betragen älterer gegen jüngere Schüler laut, und jedenfalls wird es hohe Zeit, daß von Seiten der Lehrer, auch der höheren Bildungsanstalten, in der nachdrück- lichsten Weise gegen derartige übermüthige Schüler vorgegangen begehentlich vor einem solchen Gebahren eindringlich gewarnt werde. Der gestrige Vorfall soll übrigens der Polizeibehörde an- gezeigt sein, und es ist nur zu wünschen, daß die Ermittlung des Thäters gelingen möge.“

Die „Gemeiner Freie Presse“ bemerkt hierzu sehr treffend, daß man sich über derartige Rohheiten nicht wundern darf, wenn Männer wie Binding ausföhrlich Angezweifelt als Lehrer auf den höchsten Schulen des Landes fungiren dürfen. Es liegt übrigens im Wesen des heutigen Klassenstaats, daß auch die höheren, d. h. herrschenden Klassen keine ächt humane Bildung erlangen können.

— Aus Belgien schreibt man: „Der Volksunterricht der sich noch unlängst ausschließlich in den Händen der Geistlich- keit befand und daher in keinem Verhältnisse stand zu den Anfor- derungen und Kulturzuständen dieses reichen Landes, macht seit einigen Jahren rasche und erfreuliche Fortschritte. Es haben sich nämlich Gesellschaften zu dem Zwecke gebildet, „freie“ Volksschulen zu gründen und die fehlenden Mittel hierzu mittelst Sammlungen sogenannter Schulpfennige herbeizuschaffen. Fast in einem jeden öffentlichen Lokale, dessen Besitzer kein Clerikaler ist, findet man Sparbüchsen zu diesen Zwecken aufgestellt, und Dank denselben sowie anderen Unterstützungsquellen findet man heute in einer jeden größeren Orttschaft Belgiens eine oder mehrere Schulen dieser Gattung, die nicht nur gut gedeihen, sondern schon jetzt die vor- der Geistlichkeit unterhaltenen überflüssig. Nach den neuesten statistischen Berichten kommt auf eine Gruppe von 1000 Bewoh- nern Belgiens eine Primärschule mit zwei Lehrern und 120 Schülern der Schule anwesenden Böglingen.“

Das ist recht schön; aber viel zu rosig gemalt. Durch Privat- thätigkeit kann weder ein allgemeiner, noch ein genügender Volks- unterricht hergestellt werden. Nur der Staat hat die Mittel, wie er die Aufgabe hat, ein wirkliches Volksschulsystem durchzu- führen; aber der heutige Staat, vornehmlich der in Belgien auf die äußerste Spitze getriebene Klassenstaat, hat nicht nur kein In- teresse, die Massen zu bilden, sondern hat umgekehrt ein Interesse, die Massen in Rohheit zu erhalten. Wer Volksbildung will, muß die Abschaffung des Klassenstaates wollen.

— „Jetzt ist es wahr!“ schreibt man uns aus Freiburg i. B. „In einem anatomischen Museum auf hiesiger Messe wird die verwundete Hand des Fürsten Bismard gezeigt und dabei erklärt, daß die Wunde von der Kugel, der braune Fied von dem Pfcopfen herrührt. Es ist köstlich! was ein Kallmann nicht alles fertig bringen kann!“

— Tragische Geschichte oder Hüttner's 'Reinsfall. Mit wie viel Verstand die nationalen Zeitungen redigirt werden, er- hellt aus nachstehendem Histröchen: Vor etwa 14 Tagen saßen beim Glase Bier etliche „Reichsfeinde“ zusammen; man sprach von Diesem und Jenem, und zuletzt auch von der Verwüthung, die der Reptilienfond nicht bloß im „Morale“, sondern auch im Intellekt des „Federeichs“ angerichtet habe. Ein Wort gab das andere und endlich entschloß man sich zu einer Probe. Sehen wir zu, wo die Dammheit eine Grenze hat! ob sie eine Grenze hat. Aber wie es anstellen? Man steckte die Köpfe zusammen. „Ich hab! Wenn etwas vom Bündniß der Schwarzen und Rothes gesagt wird, fallen sie rein“, rief Einer der frühlichen G'sellen. „mag es so dumm und so ungläublich sein wie möglich. Je ab- surder es ist, desto gieriger werden sie zugreifen. Der Speck ist unwiderstehlich.“ Und man setzte sich hin und braute das Absur- desse zusammen, was sehr reichsfeindliche Schadel errienen konnten. Brühheiß wird das Produkt einem Freund in der Provinz über- sandt und von diesem einem beliebigen Scheccecredakteur auf- oktroirt, was natürlich nicht schwer war, aber auch nur der An- fang des krabsthaftigen Jures. Was lag an diesem unschuldigen Senftenberger? Werden die Redakteure der großen Städte: von Spreethen, Kleinparis und anderen geistigen Brennpunkten des neuen Reichs in die Halle gehn und 'reinsfallen? Die frühlichen G'sellen hatten nicht lang auf der Lauer zu sehn. Klapp! die Halle schlägt zu. Man eilt hin; drin sßt Hüttner und — trinkt gemüthlich die sechste Gose, er hat noch gar nicht gemerkt, daß er gefangen. Erst jetzt erfährt er's, wenn diese Nummer des „Volkstaat“ ihm zukommt. Und wie gründlich ist er 'reinge- fallen! Man lese nur folgenden redaktionellen Artikel im „Tageblatt“ vom 4. November: „Leipzig, 3. November. Es sind schon immer Anzeichen“

lage getreten, daß die in Deutschland vorhandenen reichsfeindlichen Parteien, so verschiedenartig auch sonst ihre Ziele sind, mit einander in Verbindung treten und daß insbesondere die Ultramontanen sich gern der Unterstützung der Socialdemokraten bedienen möchten. Wir finden einen Beweis von diesem letzteren Zielstreben wieder in einer uns übersandten Nummer der in inneren Kreisen erscheinenden „Niederlausitzer Nachrichten“. Dieses Blatt schreibt Folgendes:

Der Empfänger des nachstehenden Briefes theilt uns denselben freundschaftlich zur Benutzung mit und wir können uns nicht verweigern, diese schneidige Illustration von ultramontaner Thätigkeit zu veröffentlichen, zumal Herr Majunke beim Adressaten sich vollständig gewünscht hat (letzterer ist Kaufmann und Kirchenältester im Galauer Kreise). Der Brief lautet also d. d. Berlin, 25. Oktober 1874; „Hochgeehrter Herr! Die großartige Entwidlung, welche die für die gerechte Sache des heiligen Vaters und dadurch für wahre Volksbildung so thätige katholische Presse erlangt hat, wird Ihrem politischen Schaulust nicht entgangen sein, und Sie werden zweifelsohne unserer Sache Ihre volle Sympathie nicht verweigern, zumal wir mit Ihnen, dem bewährten Führer der uns so ergebenden internationalen Arbeiterpartei, gemeinsam gegen die bürokratische Bergewaltigung alles Rechtes durch die gegenwärtigen Autoritäten zu kämpfen haben. Wir glauben, nach den Berichten unserer Agenten, und nicht in Ihnen zu irren, und erlauben uns deshalb, Ihnen das Amt eines Vertrauensmannes der katholischen Gesellenvereine für den Galauer Kreis anzutragen. Zu besserer Orientierung über unsere Ideen und zur Unterstützung Ihrer Wirksamkeit werden wir Ihnen unsere „Germania“ und das erprobte „Bayerische Vaterland“ für dieses Quartal gratis zuzusenden, und begrüßen Sie schon jetzt als einen der h. Mutterkirche Wiedergewonnenen. Gern werden wir für Ihre Thätigkeit erkenntlich sein und bieten Ihnen, so oft Sie nach Berlin kommen, freies Quartier im Kloster der h. Ursulinerinnen an. Ihnen unsere Sache warm ans Herz legend, verharre ich, den Segen des h. Vaters Ihnen übersendend, hochgeehrtester Herr und liebster Bruder † † † ganz ergebener Majunke, Caplan, Redaktion der „Germania“.

Selbst der ominöse „Galauer“, welcher dem „Kaufmann, Kirchenältesten, bewährten Führer der Internationalen und Vertrauensmann kathol. Gesellenvereine in spe“ angehängt war, konnte unserem Politiker nicht vor seinem Mißgeschick bewahren. Doch der gute Mann ließ sich trösten, er hat Gesellschaft! Klapp, Klapp, Klapp — Einer, zwei, drei, ein Duzend: Berliner, Magdeburger, Kölner und wohnpaste „geistige“ Kulturlämpfer haben sich ebenfalls an den Leim losen lassen, und Majunke stellt in einem nicht ungemachten Brief heitere Betrachtungen an über die „glänzende Dummheit liberaler Journalisten.“

Das Ergebnis der Wahl am 14. sächsischen Reichstagswahlbezirk ist: 7136 Stimmen für Köneritz, 3235 für Finf. Bei der Stichwahl im Januar d. J. erhielt Köneritz 7486, Finf 3000. Finf hat also diesmal fast 3000, Köneritz über 3000 Stimmen weniger. Unsere Gegner, die aus dem Wunsche der Stimmenzahl für Finf auf einen „Rückgang“ der Socialdemokratie schließen oder zu schließen vorgeben, vergessen, daß auch Kandidat weniger Stimmen bekommen hat, folglich auch noch ihrer eigenen Logik einen „Rückgang“ zu registriren haben; war einen um so blamableren als sie, im Besitz der Staats-Gemeindengewalt und der Presse, eine Pression auszuüben Stande waren, welche durch unsere gesetzliche und öffentliche Agitation nicht neutralisiert werden konnte. Die Wahrheit wie wir bereits gesagt: die Waffe der Wähler hält den Wahlschrag nicht für wichtig genug, um sich an die Wahl zu bemühen. Und ob wir Reichsfeinde Grund haben, über zu trauern, das mögen unsere Gegner mit ihren reichsfeindlichen Denkwerkzeugen ausmachen.

Der Nürnberg-Fürther „Socialdemokrat“ enthält das nachfolgende nette Register von Prozeßfällen die gegen dessen verantwortlichen Redakteur Baumann unabhängig gemacht sind. 1) Beleidigung des Nürnbergers Stadtmagistrats und des Bürgermeisters Stromer. 2) Widerstand gegen die Staatsgewalt. 3) Beleidigung des Bürgermeisters Stromer. 4) Widerstand gegen die Staatsgewalt. 5) Beleidigung des Bürgermeisters Stablinger und des Stadtmagistrats Schön von Langenzenn. 6) Beleidigung des Bürgermeisters Stromer und Verbreitung falscher Thatsachen. 7) Beleidigung des Polizeioffizianten Tischler in Augsburg. 8) Uebertretung des § 17 des Preßgesetzes, betreffend die Veröffentlichung appellergerichtlichen Urtheils über den Parteikonflikt.

Ein verkommenes Subjekt. Unsere Leser erinnern sich gewiß eines F. Joseph Dittich, der weiland in Freisinnigkeit machte und auch in Socialdemokratie zu machen suchte. Majestätsbeleidigung plumpster Art brachte ihn nach Zwickau, er sich wahrhaft erbärmlich benahm, was ihn jedoch nicht hinderte, sich später auf Kosten der Kapitalverwaltung, die er ständisch leitete, als Märtyrer aufzuspielen. Nachdem Dittich schon bekannt war, wie und seitdem bekannt geworden, von der Leichtgläubigkeit seiner Mitmenschen gelebt, schritt er auf der abschüssigen Ebene des unferer österreichischen Parteigenossen durch niederträchtige Verleumdungen an dessen kleinsten Besitzthum. Die Beweise sind in unseren Händen. Natürlich war der Mann nun reif für die in den Schooß der alleinregierenden Kirche zurückzuführen. Und das hat er denn auch glücklich verübt, wie aus folgendem Notiz der „Nürnberg-Fürther Zeitung“ zu ersehen:

„Erklärung. Der frühere Redakteur der „Nemesis“ und der „Religiösen Zeitschrift „Confessionlos“, Herr F. Joseph Dittich, erklärt in der Presse folgende Erklärung: „Ich erkläre, daß ich aus freiem Antriebe zur christlich-katholischen Kirche zurückgekehrt bin und meiner kirchenfeindlichen Richtung voll und gänzlich entsage. Die Gründe, die mich zu diesem Schritte bewogen, werde ich nächstens in einer besonderen Schrift: „Glauben und Wissen“ darzustellen suchen.“ Dittich sandte uns obige Erklärung mit dem Ersuchen ein, dieselbe aus „Kollegialität“ in die „Nürnberg-Fürther Zeitung“ aufzunehmen. Obgleich der Zweck der ganzen Erklärung wohl lediglich die Bekämpfung für dessen Brochüre sein dürfte, so kommen doch dem Wunsche des Herrn Dittich, auf dessen „Kollegialität“ wir mit besonderem Vergnügen verzichteten, nach, und wollten wir „höchst wichtige Ereignisse“ hiermit bestens zur Kenntniß unserer Leser gebracht haben. Wir käufeln an diese neueste Aufklärung der alten Sanktus-Paulusgeschichte die Bemerkung, daß durch die Belehrung Niemand verliert und Niemand gewinnt, weder die Liberalen noch die Ultramontanen, jede Partei sieht Genossen

ähnlichen Schlags wohl lieber gehen als kommen, und wir haben die feste moralische Ueberzeugung, der neubadene Paulus wird abermals Sanktus, sobald nur ein Proffit dabei herauskommt, manche Leute wechseln eben leichter und öfter die Gesinnung als das Hund. Julius Lang — F. Joseph Dittich, edle Seelen finden sich in — Ultramontanen.

Ober im Bismarck'schen Reptilienstumpf. Das wäre der einzige „Fortschritt“, welchen der Mann noch machen könnte. Beiläufig registirt er seit dem 1. Oktober ein in Bodenbach erscheinendes „Intelligenzblatt für Böhmen“, genannt „Merkur“, — ein sehr passendes gewählter Titel, da Merkur bekanntlich der Gott der Kaufleute und Spitzhaken.

Die Quednauer Revolte vor dem Schwurgericht.

(Fortsetzung.)
IV.

Können sich denn die Leute aus der geschilberten, so trostlosen, oft geradezu schauderhaften Lage nicht befreien? Sie sind ja nicht leibeigen und wir haben, wie man sagt, volle Freizügigkeit! — Was den armen Menschen das nützt! Wohin sollen sie denn ziehen? Wo es gut wäre, z. B. auf den königlichen Domänen, da wird nicht leicht eine Stelle frei. Sonst sind die Verhältnisse auf den verschiedenen Gütern einander so gleich oder ähnlich, daß ein Vortheil, der sich des Umziehens verlohnte, nur schwer entdeckt werden kann. Denn nicht mit Unrecht gilt hier die Redensart: „Dreimal Ziehen ist so gut wie einmal Abbrennen.“ Auch ist das Wechseln der Stelle durch mancherlei Umstände erschwert oder doch bedenklich gemacht und nur im äußersten Nothfalle entschließt sich der Arbeiter zu kündigen und weiter zu ziehen. In den meisten Fällen kündigt wohl der Herr: wenn der Arbeiter nicht demüthig genug ist, wenn er nicht sich jeder Anforderung fügt, nicht schlechte Behandlung hat ertragen wollen; wenn er eine große Familie hat (mehrere Kinder und vielleicht noch alte Eltern), wenn er anfängt, alt und steif zu werden, wenn er schwer athmet, viel hustet und über Reizen in den Beinen klagt. Dann ist eine neue Stelle schwer zu finden und ein beunruhigender Gedanke ist es für den Arbeiter, eines Tages mit dem Lohschein überrascht zu werden. Die Herren wissen das, und nur zu häufig kommt's vor, daß sie die Furcht des Arbeiters vor dem Lohschein mit fast grausamer Hartzigkeit ausbeuten.

Die Lage der freien Arbeiter, der sogenannten Lohleute ist meistens noch schlimmer als die der Gärtner (Institute) und namentlich schätzt der Arbeiter mit Familie eine „feste Stelle“ über alles. Nur die ledigen Arbeiter können ihre Unabhängigkeit vortheilhaft ausnützen; leicht können sie den Kreis verlassen und an einem fernem Orte neue und lohnende Arbeit erhalten. Sie finden es darum vortheilhaft, ein Dienstverhältnis auf lange Zeit und lange Kündigungsfrist nicht einzugehen, und als freie Arbeiter sind sie auch der verrufenen Gesindeordnung nicht unterworfen. Daher kommt's auch, daß Knechte und Mägde verhältnismäßig besser gelohnt und behandelt werden, als die Gärtner.

Von den Gutbesitzern vermag man keine Kategorie anzugeben, welche im Großen und Ganzen die Arbeiter schlecht oder gut behandelt. Ob adelig oder bürgerlich, fromm oder gottlos, conservativ oder fortschrittlich, gebildet oder ungebildet: den Arbeitern gegenüber sind diese Charakterunterschiede ohne Bedeutung. Es giebt Gutbesitzer, die auf ihren alten Adel und ihre vornehmen Familienverbindungen außerordentlich stolz sind, aber mit ihren Arbeitern sehr viel herzlicher verkehren und sie besser lohnen, als der bürgerliche Nachbar; ich kenne stoch-conservative Gutbesitzer, welche ihre Leute mit großer Liberalität behandeln, und wiederum „altrückwärtige“ Genossen der Fortschrittspartei, die wahrlich schön sprechen von Humanität und Menschenwürde, von Freiheit und Gleichberechtigung, aber auf ihren Gütern die lieblosesten Tyrannen sind. Darum glaubt ja das Volk an den Liberalismus nicht, weil es alle Tage sieht, wie die Thaten der fortschrittlichen Herren das schroffste Gegenteil ihrer liebsten Phrasen sind. Es ist noch keine Wahl vorübergegangen, bei der nicht dem braven Volke die schönsten Dinge versprochen wurden; nicht das geringste hat es jemals erhalten und Niemand hat den Versuch gemacht, sein Elend zu mildern. Jahr aus Jahr ein werden Gesetze gemacht; aber für wen? Die Arbeiter wissen auch von der Wohlthat kaum eines einzigen Gesetzes zu reden. Als im Jahre 1867 das Volk in wahrhaft erbaumungswürdiger Weise von der Hungersnoth heimgejagt wurde, was haben die liberalen Herren für die Arbeiter gethan? Ich will nicht sagen nichts; aber es hat lange gedauert, bis sie etwas thaten, und bei jeder Gabe, die sie doch von einem Comité empfangen und in dessen Auftrag nur weiter reichten, also nicht aus ihrer Tasche oder von ihrem Speicher gaben, haben sie oft genug ihren Vortheil bald in der einen, bald in der andern Form wahrzunehmen gewußt. In ihrer Presse ließen sie von der Faulheit, der Trunksucht und der schlechten Wirtschaft ihrer Arbeiter schreiben, und wie haben sie die wirklich grauenhafte Noth dieser Unglücklichen im Landtage behandelt?

Comités bildeten sie fast überall für die „kleinen Besitzer“, die „kleinen Handwerker“, aber nur wenige und meistens sehr spät, für die Arbeiter. Man durfte von einer Noth der Arbeiter, von einer wirklichen Hilfe für sie nicht einmal sprechen; als ein Hilfscomité, in welchem die angesehensten Männer der liberalen, d. i. auch der Fortschrittspartei saßen, gebeten wurde, auch für diese Unglücklichen zu sorgen und ihnen zu helfen, da sagte ein „altrückwärtiges“ Mitglied ganz ernsthaft: „Ach was! Wenn von diesem Pad ein paar tausend verhungerten, was würde das schaden?“

Die Arbeiter kennen diesen Liberalismus aus dem Grunde und sie vergessen nicht, was er ihnen gelogen, und verständigvoll lächeln sie einander zu, wenn er wieder lügt, z. B. bei den Wahlen. Das wissen auch die liberalen Herren, und darum fürchten sie das allgemeine und gleiche Stimmrecht; denn sie können sich nicht täuschen: von ihren Leuten werden sie nicht gewählt. Aber nicht, wie sie heuchlerisch sagen, weil die Leute zu dumm sind, sondern weil sie doch klüger sind, als den Herren lieb ist.

Warum die Leute alle Unbill und manchemal sogar das schreiende Unrecht ertragen? Die z. Lande wird Niemand diese Frage aufwerfen; die treffendste Antwort ist die Gegenfrage: Was sollen sie denn thun? Zum Richter gehn? Vor allen Dingen ist bis zu demselben ein Weg von drei bis vier Meilen. Wollen sie bei demselben die Klage anbringen, dann müssen sie erst einen Voranschuß von zwei Thalern mindestens für die etwaigen Kosten hinterlegen. Gedenken sie also ihr Recht dem Herrn gegenüber zu wahren, dann müssen sie diesen um Urlaub zu der Reise nach der Stadt und wohl in den meisten Fällen auch um Geld zum Voranschuß und zur Reise bitten. Und wenn der Herr beides verweigert? Wer will ihn nöthigen, einen Arbeitstag zu verlieren und gerade an diesem Tage Geld zu geben? Doch nehmen wir an, er thut's. Die Klage wird angenommen, es werden Zeugen geladen und vielleicht zwei Termine abgehalten. Der Mann gewinnt auch den Prozeß, er bekommt den Voranschuß zurück, und sogar die Unkosten

werden ihm erstattet. Aber er erhält den Lohschein, und ich bin f. i. überzeugt, er wird sich durchaus nicht wundern, wenn er keine neue Stelle findet. Denn den Arbeitern gegenüber halten die Herren zusammen wie „Foch und Schwefel“. Gewinnt er aber nicht den Prozeß, dann hat er den Voranschuß verloren und den Verdienst von mindestens zwei Tagen; er muß alle Kosten bezahlen, die Zeugen, den Advokaten des Herrn (er selber hat keinen nehmen können), und — den Lohschein bekommt er auch noch. Das erklärt's, warum die Arbeiter gegen ihre Herren so selten Recht finden. Aus einer langjährigen Erfahrung kann ich mich nicht erinnern, daß einmal ein Gärtner oder Knecht den Herrn verklagte, so lange er in dessen Dienste sich noch befand; und ich weiß nur zwei Fälle, daß Herren von den fortgezogenen Gärtnern auf Herausgabe der wegen Schulden einbehaltenen Rah verklagt wurden; ob die Kläger den Prozeß gewannen, weiß ich nicht.

Selbst zum Polizeirichter (Polizeiverwalter, Amtsdorsteher) geht der Arbeiter nicht gern. Gewöhnlich hält der Polizeirichter, der den Gutbesitzer als „angesehenen“ oder einflussreichen Mann schätzt, mit dem er vielleicht freundschaftlich verkehrt oder doch verkehren möchte, sich berufen und verpflichtet, den Kläger gehörig abzulanzeln oder — wie man gewöhnlich sagt — ihm scharf ins Gewissen zu reden. Der Schluß solcher unehrlichen Preedigt ist meistens eine Drohung mit irgend einer Strafe, meistens Arrest. Der Kläger bleibt aber fest und es wird ein Termin angesetzt. Der Arbeiter kommt an dem bestimmten Tage leuchtend zu Fuß und muß in der Amtsstube an der Thür oder noch häufiger draußen stehen bleiben, und Niemand kümmert sich um ihn. Der verklagte Herr kommt stolz gefahren, wird zuvorkommend von dem Polizeirichter empfangen und in dessen beste Stube geleitet. Endlich kommt's zur Verhandlung. Der verklagte Herr sitzt mit dem Polizeirichter am Tisch, der klagende Arbeiter steht vor ihnen. Die Klage wird vielleicht nicht ganz unbegründet gefunden; aber daß sich der obliegende Arbeiter über das U-theil freuen darf, daß er einen nennenswerthen Vortheil damit errungen, das glaubt er wohl nicht und ich glaube es auch nicht. In jedem Falle hat er zwei halbe Arbeitstage verloren und für die Zukunft mag er sich vorsehen. (Fortf. folgt.)

Gewerkszenoffenschaftliches.

Metallarbeitergewerkszenoffenschaft.
Braunschweig, 8. Juni. Unserem Bevollmächtigten diene zur Nachricht, daß mit dem heutigen Tage der bisherige Bevollmächtigte E. H. Müller sein Amt niederlegte, und dasselbe E. Schubert, Bertramstraße 12, übertragen wurde. Unter obiger Adresse werden fernertin alle Correspondenzen erbeten.
Für den Ausschuß: E. Schubert.

Correspondenzen.

Aus dem 14. sächsischen Wahlkreise. Es sei hier noch einer gut besuchten Versammlung Erwähnung gethan, die am 3. November in Lunzenau abgehalten wurde, und in welcher Hasselmann aus Berlin und Geib für die Candidatur Finf's eintraten. Die Versammlung verlief auszeichnet. — Am 4. November sollte Liebkecht in Thum nicht bei Colbig referiren. An Stelle Liebkechts, der durch Unwohlsein am Erscheinen verhindert war, trat Geib auf, dessen zweistündige Rede von den 6—700 Anwesenden höchst beifällig aufgenommen wurde. Ueberhaupt sind mit sehr wenigen Ausnahmen, alle Versammlungen, die in der Wahlperiode im 14. sächsischen Wahlkreise abgehalten wurden, gut verlaufen. Wenn wir trotzdem gegen die koalirten Gegner unterlegen sind, so hat das einen tiefer liegenden Grund. Die Ursache unserer Niederlage ist die massenhafte Wahlenthaltung; Diese entspringt aber nicht sowohl der Gleichgültigkeit als der Erkenntniß der Wähler, daß der sächsische Wahlkreise abgehalten ist, im Sinne des Volkes gesetzgeberisch zu wirken. Und diese Erkenntniß ist mehr werth als zehn Wahlsiege. Freuen die Gegner sich darüber, so ist das ihre Sache.

Großenhain, 8. November. Ueber die Verhandlungen zur Beilegung der Differenz zwischen den hiesigen Fabrikanten und den Arbeitern sei noch Einiges bekannt gegeben. Die Verhandlungen wurden auf Vorschlag des Fabrikantencomités, das aus den Herren Buchwald, Richter und Raundorf bestand, in der Bahnhofrestauration gepflogen. Zu bemerken ist noch, daß die Fabrikanten sich noch eine Gerichtsperson als Protokollführer mitgebracht hatten. Nachdem Hugo Schmidt, als Vorsitzender des Arbeitercomités, bemerkt hatte, daß die Arbeiter als Grundlage der Verhandlungen ihre alten Forderungen ansehen und zwar die Zurücknahme der Lohnreduktion bei Tischkulte, ferner Gleichstellung der Löhne der weiblichen Arbeiter mit denen der männlichen, begannen die Debatten. Es wurde Verschiedenes gegen unsere Forderungen geltend gemacht. Raundorf meinte, daß bei ihm die höchsten Löhne beständen, was dadurch bewiesen würde, daß es ihm nie an Arbeitern gemangelt habe. Nachdem die Verhandlungen über zwei Stunden gedauert hatten, wurde von Seite der Fabrikanten der Vorschlag gemacht, da die Verhandlungen zu lange dauern würden, vorläufig die Arbeit unter den alten Bedingungen wieder aufzunehmen. Räumlich, Tischkulte nimmt seine Lohnreduktion zurück und bei Raundorf wird derselbe Lohn gezahlt, wie vor dem Strike. Dieser Vorschlag wurde akzeptirt mit dem Bemerkten, daß alle wieder in Arbeit genommen würden. Worauf Raundorf erwiderte, er würde alle mit liebevollem Herzen aufnehmen, nur nicht mich, da er mit mir im Prozeß liege. Nachdem meine Kollegen mich zu verteidigen gesucht hatten und die Debatten über meine Wenigkeit sich in die Länge zu ziehen drohten, sah ich mich schließlich genöthigt, zu erklären, daß, wenn diese Debatten nicht beendet würden, ich das Lokal verlassen müßte. Zuletzt erklärte sich auch das Comité mit meiner Maßregelung zufrieden. Für die Fabrikanten blieb nichts zu wünschen übrig. Nachdem von dem Protokollanten das Protokoll verlesen worden war, und Schmidt um eine Abschrift desselben ersucht hatte, wurden die Verhandlungen geschlossen. Die Arbeiter bei Raundorf waren mit dem Resultat der Verhandlungen des Comité's nicht zufrieden und erklärten, die Angelegenheit einer freien Arbeiterversammlung unterbreiten und sich den Beschlüssen derselben fügen zu wollen. Diefelbe fand denn auch am 31. Oktober statt und wurde beschlossene, die Arbeit unter den besagten Bedingungen, jedoch mit dem Vorbehalt aufzunehmen, daß innerhalb 14 Tagen die Lohn-differenz beigelegt sei. Behr.

Sommersfeld, 4. November. (Schließung der Partei.) Am 23. v. M. ward ich mit zwei Genossen aufs Polizei Bureau bestellt; dort angekommen, verfaßte der Commissär, ohne an uns eine Frage zu richten, ein Protokoll folgenden Inhalts: Vom Staatsanwalt beauftragt, thue ich Ihnen hiermit kund, daß der Lokal-Verein (Mitgliedschaft) der in Eifenach residirenden sozialdemokratischen Arbeiterpartei geschlossen ist, weil er mit andern

Bereinen gleicher Art in Verbindung steht, und weil seine Central-Organen verartig organisiert sind, daß sie alle Vereine in enger Verbindung zusammenschließen. — Der Commissär wünschte nun, daß wir das Protokoll anerkennen und dasselbe durch unsere Namensunterschrift bestätigen sollten. Darauf wurden uns einige Paragraphen aus der Verordnung vom 11. März 1850 vorgelesen. Als dies geschah, reichte der Commissär mir das Protokoll zur Unterschrift hin; ich erklärte demselben, ein Protokoll, welches Unwahrheiten enthalte, nicht unterschreiben zu können, worauf er mich verblüfft ansah und verwundert frag, worin die Unwahrheiten beständen. Ich erklärte ihm, daß wir niemals mit andern Vereinen gleicher Art in Verbindung gestanden hätten. Daß wir kein Verein seien, hatte ich ihm schon erklärt, während er das Protokoll las. Nun wurde dasselbe den beiden mit mir zu gleicher Zeit bestellten Genossen zur Unterschrift vorgelegt, welche auch, wahrscheinlich aus Furcht, vor einem Commissär zu stehen, ihre Unterschrift hergaben.

Gestützt nun auf dieses Protokoll habe ich folgenden Beschluß erhalten: „Auf den Antrag der königl. Staatsanwaltschaft vom 25. d. M. ist beschloffen, daß gegen den Tuchmachergehilfen August Schulz, den Ankläger Gustav Jensen und den Pantoffelmacher Herrmann Friede als Vorsteher und Leiter des Sommerfelder Lokalvereins (Mitgliedschaft) der in Eisenach residirenden sozialdemokratischen Arbeiterpartei wegen Verstoßes gegen die §§ 2, 8b, 13a, 16 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 die Voruntersuchung zu eröffnen und die vorläufige Schließung des gedachten Lokalvereins bis zum Erkenntnis in der Hauptsache aufrecht zu erhalten ist.“

Sorau, 29. Oktober 1874.

Königl. Kreisgericht Abtheil. I.“

Zu bemerken habe für heute, daß der zweitangeklagte Gustav Jensen einer von Denjenigen ist, welche am 23. v. M. das Protokoll unterschrieben haben. Ich werde den Ausgang dieses Prozesses mittheilen.

August Schulz.

Freiburg i. B., 9. November. Die Parteigenossen versammelten sich jeden Montag Abend in der Restauration Weber (Austmannstraße). Die in der Umgegend wohnenden Genossen bitte ich ihre Adresse an den Unterzeichneten senden zu wollen.

A. Müller.

Neussingen, 28. Oktober. (Allgemeiner Bericht.) Es ist schon ziemlich lange her, seitdem die hiesigen Parteigenossen nicht mehr im „Volkstaat“ von sich hören ließen. Es ist dies aber nicht der Faulheit, sondern dem Umstand zuzuschreiben, daß wir unsere lokalen Angelegenheiten in der trefflich redigirten „Süddeutschen Volkszeitung“ beauftragt haben, die dort auch wirksam besprochen werden können als im „Volkstaat“. Was ein Lokalblatt für einen Werth hat für die örtliche Agitation, das finden wir hier recht augenscheinlich. Nicht daß wir sagen könnten, daß seit dem Bestehen der „Süddeutschen Volkszeitung“ die hiesige Parteimitgliedschaft besonders stark geworden wäre, aber das können wir konstatiren, daß die Mehrzahl der hiesigen Arbeiter mit uns sympathisirt und nur die Furcht vor den „Brodherren“, welche in vielen Fällen unbegründet ist, bestimmt Viele, der Partei nicht ganz beizutreten. Zweitens ist auch der Umstand zu beachten, daß hier das Kleingewerbe noch stark vertreten ist, und daß somit die Arbeiter nicht terat Fühlung mit einander bekommen, wie dies in größeren Fabriken viel leichter möglich ist, und daher ist auch weniger Sinn für Organisation vorhanden. Wohl fühlen die Arbeiter den Druck des Kapitals, aber das rechte Verständnis greift nur langsam Platz. Doch können wir sagen, daß es anläuglich zu dümmern bei manchem Arbeiter, der die „Süddeutsche Volkszeitung“ liest. Was die einheimischen Arbeiter betrifft, so ist da nicht viel zu rühmen, die leben so in ihrem angebornen Indifferentismus fort, als ob die sozialen Mißstände durch die Vorsehung geschaffen wären und als ob Alles so sein müßte, „zur Ehre Gottes“. Diejenigen Arbeiter, die in andern Städten das Leben und Treiben der „honorien Klasse“ gesehen und mitunter auch etwas sozialistisches „Ost“ eingeatmet haben, kommen in unsere Versammlungen. Freilich wird die Mitgliedschaft, weil sie meistens aus fremden Arbeitern besteht, niemals so stark, da beständig welche abreisen, jedoch ein guter Stamm bleibt immer am Platz. Doch die Nachricht können wir geben, daß es nach langem Bemühen endlich gelungen ist, eine Schuhmachergewerkschaft ins Leben zu rufen, wobei sich's der jetzige Bevollmächtigte recht angelegen sein ließ. Trotz seiner Jugendlichkeit hatten seine Worte bei manchem Arbeiter Anklang gefunden. Anfangs September war Herr Schröder aus Stuttgart hier und referirte über „Zweck und Nutzen der Gewerkschaft“. Der Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen. Die Gewerkschaft zählt ungefähr 25 Mann. Das ist freilich eine kleine Zahl, doch stark genug, um die der Gewerkschaft noch fernstehenden Schuhmachergehilfen aus ihrer Letztargie anzuhebeln. Seit zwei Jahren schon wurde von Seiten der Parteigenossen immer wieder der Versuch gemacht, den hier bestehenden lokalen „Schuhmacherarbeiter-Verein“ für die Gewerkschaftsbestrebungen zu gewinnen, aber immer ohne Erfolg. Der „Volkstaat“ wurde zwar in ihrem Lokale angelegt, aber die Vorstände waren zu viel spießbürgerlich, um den sozialistischen Bestrebungen Raum zu lassen. Mit bitterm Ingrimm sehen die hiesigen jetzt auf die Entwicklung der Gewerkschaft, ja wo in einer Werkstatt Mitglieder der Gewerkschaft und des Schuhmacherarbeiter-Vereins sind, werden die Gewerkschaftsmitglieder von jenen verhöhnt. Das Ganze bei dem „Schuhmacherarbeiter-Verein“ ist, daß sich die Mitglieder am „Gängelband“ führen lassen und zu wenig über ihre nicht zu beneidende Lage nachdenken, sonst würden sie darauf hinarbeiten, daß die schrecklich lange Arbeitszeit (von Morgens 6 Uhr bis Nachts 11 Uhr) verkürzt würde, was zwar Viele wünschen, aber mit Singen, Buchführungsunterricht und Abgeben von Bändchen nicht erreichen. Eine Gewerkschaft der Metallarbeiter ließe sich auch ins Leben rufen, aber es fehlt an einer agitatorischen Kraft, die in diesem Fach bewandert ist. Das Beste wäre, wenn ein mit der Gewerkschaftsbewegung vertrauter Arbeiter mit ein bißchen Rednertalent hier in Arbeit treten würde, dann ginge die Sache am Leichtesten. Ueber Lokalmangel ist hier nicht zu klagen, da können wir vielen Parteigenossen aus helfen, nur schade, daß dieser Vortheil nicht besser benützt wird. Die hiesigen Lokalblätter haben, nachdem sie mit ihren Scheerreden die gebührende Würdigung mehrerer Male in der „Süddeutschen Volkszeitung“ gefunden, einzuschlafen aufgehört, grundlose Verdächtigungen über die Sozialdemokraten zu verbreiten, deshalb ist es auch doppelt unsere Pflicht, die „Süddeutsche Volkszeitung“ thätig zu unterstützen.

Königsberg i. Pr., 1. November. Im Monat Juni d. J. wurde hier durch J. Scheil und andere Parteigenossen eine Coalitions- und Unterstützungsgasse der vereinigten Arbeiter Königsbergs gegründet. Als Beamte dieser Kasse wurden in der Generalversammlung, wo gedachte Kasse gegründet wurde, J. Scheil als Vorsitzender, Reinhardt, Tillmann, Pollin und

Schiller als Beisitzer gewählt. Um diese Kasse zu legalisiren, wandte sich Scheil an die königliche Regierung. Es wurde uns nachstehender Bescheid: „Das und mit der Eingabe v. 11. d. M. eingereichte, hier wieder beiliegende Statut der Coalitions- und Unterstützungsgasse der vereinigten Arbeiter Königsbergs unterliegt den Bestimmungen des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 und ist gemäß § 2 dieses Gesetzes der Ortspolizeibehörde, also dem königl. Polizei-Präsidium hier selbst einzureichen. Regierungsabtheilung des Innern.“ Daraus wandte man sich an das königl. Polizei-Präsidium. Hier wurde uns folgender Bescheid: „Daß die hiesige Coalitions- und Unterstützungsgasse der vereinigten Arbeiter Königsbergs das Statut und die Veränderung, sowie das Vereins-Mitglieds-Berzeichniß am 5. März d. J. der unterzeichneten Behörde eingereicht hat, wird hiermit bescheinigt. Königsberg, 7. Mai 1874. Pilgrim.“

Als wir die beiden Bescheinigungen in Händen hatten, wurde gedachte Kasse gegründet. Als Scheil Königsberg verließ, wurde Unterzeichneter als Vorsitzender bis zur nächsten Generalversammlung gewählt. Am 28. Juli wurde ich auf die Polizei bestellt, hier wurde mir eröffnet, daß gedachte Kasse ohne Genehmigung der Behörde gegründet sei und deshalb strafbar wäre. Am 6. Oktober hatten Zimmergeselle Julius Adamski, Maurergeselle F. W. Pinnow, F. W. Puppel, E. Tillmann und Arbeiter W. A. Schiller Termin vor dem Polizeirichter des königl. Stadtrichts. Pinnow, Tillmann und Schiller wurden zu 5 Tdr., eventl. 2 Tagen Haft verurtheilt, Puppel und Adamski wurden freigesprochen, weil dieselben nach der Meinung des Richters sich einer Uebertretung des § 360 Nr. 9 des Reichs-Straf-Gesetz-Buchs nicht schuldig gemacht hätten. Der Polizeianwalt beantragte gegen die Angeklagten 50 Tdr. Strafe. Nach meiner Meinung hatten die Ankläger kein richtiges Material gesammelt, da sie nicht einmal die richtigen Personen vorgeladen oder angeklagt hatten. Bei meiner Rechtfertigung wies ich darauf hin, daß andere Vereine und Kassen auf erstattete Bescheinigung der Polizeibehörde existiren dürfen, so z. B. die Ortvereine nach Hirsch-Dunder, zu welchen ich die Ehre gehabt habe, zu gehören; ich bin sogar Vorsitzender des Ortvereins der Fabrik- und Handarbeiter gewesen, habe also Gelegenheit gehabt, Versammlungen dieses Vereins der Polizei anzumelden, und habe niemals eine andere Bescheinigung vom Polizei-Präsidium erhalten, als die, welche zur Coalitions- und Unterstützungsgasse erteilt wurde, in diesem Falle uns aber dennoch vor einer Anklage nicht schützte. Auf eine weitere Rechtfertigung ließ ich mich nicht ein, da ich dieselbe für nutzlos hielt.

W. Schiller.

Breslau, 1. November. Wir sind hier nicht in der glücklichen Lage, über abgehaltene Versammlungen, Agitation u. dergl. berichten zu können, sind wir doch schon sehr zurückgefallen, wenn der Zusammenhang unter den älteren Parteigenossen gewahrt werden kann. Biel fehlte diesmal freilich nicht und wir hätten beinahe eine Versammlung abgehalten. Leider war es im Rathe der Götter anders beschloffen. Das Lokal war uns bereits zugewiesen, im „Volkstaat“, sowie in einem Lokalblatte annoncirt, auch die polizeiliche Bescheinigung in unseren Händen; aber der Mensch denkt und Gott, unter welchem ich mir diesmal die hochwohlwollende Polizei oder auch den von ihr beeinflussten Wirth des Lokals denke, lenkt. Am selbigen Tage, an welchem die Versammlung stattfinden sollte, erhielt unser Vertrauensmann ein Schreiben, in welchem ihm in höflichster Weise vom Wirth ausbehaltengefragt wurde, daß die Versammlung nicht stattfinden könne, und daß er sich überhaupt erst mit dem Commissarius verständigen müsse. Mit dieser Versammlung war es also nicht. — Außer der von uns projectirten, war auch eine Volksversammlung von ehemaligen Mitgliedern der hier aufgelösten Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins durch Plakate annoncirt, man konnte sich also durch deren Besuch entschädigen. Dies that ich denn auch. Ehe man nun in das Lokal gelangt, wo diese Versammlung stattfand, muß man durch einen ziemlich geräumigen Hof. Hier wurde ich gewahrt, daß außer der für das Innere des Lokals angemeldeten Versammlung auch eine solche im Hofe, also unter freiem Himmel stattfand. Anoncirt war letztere freilich nicht, ob polizeilich angemeldet, wurde mir nicht bekannt. So viel ich im Dunkeln zu sehen vermochte, waren es 20-30 Säuglinge, welche sich hier versammelt hatten. Also eine Versammlung von Bewaffneten; sicher höchst strafbar. Welch ein Thema hier behandelt wurde, läßt sich bloß denken. Die Thüre, welche das Versammlungslokal von dem Hofraum trennt, wurde von einem der bereits erwähnten Schutzengel bewacht und durfte kein Mensch in das Lokal, bevor er nicht in der zukommendsten Weise nach Stand, Vor- und Zunamen gefragt und diese Angaben notirt waren. Von einer Legitimation durch Tauf- und Heirathschein oder andere Urkunden und Dokumente wurde — mir ganz unbegreiflich — abgesehen. Als ich das, trotz so freundlichen Entgegenkommens von Seiten der Polizei, dennoch nicht besetzte Lokal betrat, suchte der Referent R. Klein, welcher ein streng sozialökonomisches Thema behandelte, weil jede politische Debatte von der Polizei bei Androhung sofortiger Auflösung strengstens untersagt ist, seinen Zuhörern klar zu machen, durch welche Argumente der Kapitalist das Einstreichen der sogenannten Risiko-Prämie rechtfertigt. Er äußerte sich, ich kann wohl sagen wörtlich, folgendermaßen: „Der Kapitalist, welcher ein Geschäft errichtet und auf längere Zeit Geld auf Rohmaterial, Werkzeuge, Arbeitslöhne u. dergl. hineinstecken muß, aber nicht weiß, ob er das Geld wieder herauskriegt“, — weiter war ihm nicht möglich zu sprechen, denn er wurde durch die Worte des überwachenden Polizeibeamten unterbrochen, welcher laut aufrief: „Da sich der Redner auf sozialpolitischem Gebiete bewegt, erkläre ich im Namen des Gesetzes die Versammlung für geschlossen.“ Diese angeführte, rein ökonomische Auseinandersetzung hält ein Beamter in einer Stadt von 200,000 Einwohnern, welcher designirt ist, eine Volksversammlung zu überwachen, für ein Bewegung auf sozialpolitischem Gebiet! Dieser Herr mag wohl weder wissen, was Sozialpolitik, noch was Politik überhaupt ist, von beidem sicher so wenig als manches Thier vom Lantenschlagen. Ich habe mehrfach äußern hören, daß diese Leute nicht so allem Gesetze hochsprechend verfahren würden, wenn sie nicht wüßten, daß anseherlich des Lokals eine unverhältnismäßige Anzahl Schutzleute postirt ständen. Mag sein. Ich bin aber auch noch anderer Meinung. Das Lokal war, wie bereits bemerkt, sehr voll, und herrschte aus diesem Grunde in demselben eine drückende Hitze. In Berücksichtigung dessen hatte der größte Theil der Anwesenden die Kopfbedeckung abgenommen. Ob aber der auflösende Beamte auch mit entblößtem Haupte die Versammlung überwachte, oder ob er seine Mühe oder auch etwas anderes — auf dem Kopfe hatte, konnte ich, weil zu weit entfernt von ihm war, nicht wahrnehmen. — Aus dem hier Angeführten mögen die auswärtigen Parteigenossen erfahren, wie uns gesetzlich gewählteste Rechte verkrüppelt werden. Doch da ganz selbstverständlich die Polizei unsere Gegnerin ist und Gesetze für sie nicht zu existiren scheinen, so ist das auch nicht anders zu erwarten.

Soburg. Es dürfte von Interesse sein, die gesellschaftereiterischen Thaten der nachbenannten drei Herren an die Öffentlichkeit zu bringen. Als Erster im Bande jagirt der bekannte Lieutenant von Senf Bilsch, welcher in einer vorjährigen Controlloersammlung in Soburg die Mannschaften aufforderte, sich den Kriegervereinen anzuschließen, um der immer mehr wachsenden sozialdemokratischen Partei einen Damm entgegenzustellen. Dieser damals in Aussicht gestellte Dammbau konnte leider bis heute noch nicht von seinem Baumeister begonnen werden, da dieser die zu dem Bau nöthigen Arbeiter nicht aufgetrieben hat. Der Zweite ist ein Dr. Eberhardt. Derselbe war bei der letzten Reichstagswahl agitation sehr bemüht, unsere Partei lächerlich zu machen, verwickelt sich aber bei dieser wenig dankbaren Arbeit wegen Beleidigung in einen Prozeß, der keine angenehmen Folgen für ihn haben dürfte. Der Dritte ist ein Lieutenant Kraus, der bei der letzten hier abgehaltenen Controlloersammlung in seinem Groll gegen die Reichsarmee der versammelten Mannschaften empfahl, dem Umstichgreife und Wachsen der Sozialdemokratie zu steuern. Dieses nicht würdige Geständel sollte man in die Kriegervereine nicht aufnehmen, und sollten schon Euliche darin sein, so sei es Pflicht der Krieger, diese staatsgefährlichen Subjekte hinauszuerwerfen. Da der Hebelnrentenan Kraus das Hinauswerfen als das beste Mittel zur Darniederhaltung der Sozialdemokratie empfiehlt, so dürfte wohl einer seiner schönlichsten Wünsche erfüllt werden, wenn dieser oder jener Kriegerverein als Hinauswerfer antritt.

Ein Landwehrmann und Sozialdemokrat.

Beispielen

der Redaktion. Rotteker: Bitte, gedenken Sie doch des Mannes, das Sie mitgenommen. Es macht mir Schmerzen. — Johann Schickel: Da Ihnen die gewerkschaftliche Organisation nicht gestattet ist, so organisiren Sie sich als Hosporeine. — D. Kapell in Berlin: Bitte, in die Sonntagenummer aufnehmen. Für diese zu spät.

Dattlung

der Expedition. H. Risch Lemberg Nr. 1 Tdr. 6. J. Erg. Nr. 2 Tdr. 8. Schr. 22 gr. J. Risch hier Nr. 10 Tdr. Schr. 13 gr. R. hier Nr. 6 gr. M. hier Nr. 6 gr. Städt. Rathsloosen Schr. 7 gr. Sauererwein Hamburg Ann. 15 gr. A. Hamburg Nr. 11 gr. Düsseldorf Schr. 12 gr. Oswald Göttingen Schr. 21 gr. Bine Magdeburg Schr. 8 Tdr. 5. B. W. Mannhem Nr. 8 Tdr. 16. 5. Schr. 3 Tdr. 12. 3. A. Risch Wilsen Schr. 1 Tdr. 10. Arb.-Partei Berlin Ann. 22 gr. 5. Rein Schmolln Schr. 1 Tdr. 10.

Für die Abgebrannten in Geringwalde. Gef. beim Ranzchen der Schneider hier 9 Tdr. 19 gr.

Fond für Gemahregelie. Von G. G. hier 4 gr. Oblig.

Für die Wahl im 14. städt. Wahlkreis. Durch Kreutz gef. bei der Schuhmachergew. hier 1 Tdr.

Quittung. Richtig Thaler von Dr. M. in Breslau für die Parteiposten zu haben, befreit Leipzig, d. 20. November 1874. W. Liebknecht.

Anzeigen etc.

Die rechts in [] angegebene Ziffer ist der Preis der betreffenden Annonce.

Augsburg Samstag, d. 14. November, Abends 8 Uhr: Versammlung in der „Schützenhalle.“ Die Parteigenossen werden ersucht, zahlreich am Plage zu sein. 3. Endres.

Berlin Sonntag, den 15. November. Vormittags 10 Uhr präcis, im großen Saale des Pr. Reiz, Rannysstraße Nr. 27:

Große öffentliche Versammlung des „Wahlvereins“ der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei für den 3. und 4. Wahlkreis.

Tagesordnung: Vortrag des Herrn Schramm. — Aufnahme neuer Mitglieder. Die Mitglieder müssen vollständig am Plage sein und sind verpflichtet, Gäste mitzubringen. Der Vorstand.

Esslingen Sonntag, den 15. Nov., Abends 6 Uhr, findet die Sitzung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Schwanenstall statt, bestehend in Festrede, Gesang und Tanzabhaltung. — Alle Parteigenossen und Freunde der Arbeiterpartei sind hiermit freundlich eingeladen. Der Ausschuss. 17.

Gohlis Montag, 16. Novbr., Abends 1/2 9 Uhr: Versammlung im Buerntunnel (Kauzig). — Vortrag: Wahlausgelegenheiten. D. S.

Hamburg Sonntagabend, d. 21. Novbr., in Hansch's Classen-Schauburgerstraße 14: Erster Winter-Ball.

Für rege Agitation ist Sorge zu tragen. — Karten sind zu haben bei A. Geib, Adingensmarkt 12; Traumann, Dragonerkoll unter und bei den Colporturen Schulz und Schage. Das Comité.

Leipzig Zur Notiz! Der Verkehr und Arbeitsnachweis der Schuhmacher befindet sich nur Ranzgasse Nr. 3.

(3a) Die Herbergs-Commission der Schuhmachergehilfen. Leipzig u. Umgegend Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Montag, d. 16. d. M.: Versammlung bei Fröblich, Nikolaisplatz Nr. 33. — Tagesordnung: 1) Vortrag. 2) Gewerkschaftliches.

Rowatweß Krankenkasse der Manufakturarbeiter-Gewerkschaft. Sonntagabend, den 14. November, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Herrn Müller, Lindenstraße Nr. 31. — T. O.: Vorstand's-Bericht. Aufnahme neuer Mitglieder. Verschiedenes. Außerdem mache ich die Mitglieder auf § 6 des Statuts aufmerksam. Frau Staudenbrud, Vorstand.

An die Parteigenossen des Rheinlands! Ich zeige hierdurch ergebenst an, daß ich bereit bin, bei größter Berathung an Sonntagen mit sozialistischen Schriften zu unterstützen und bitte daher um gütige Mittheilung wann und wo die Versammlungen stattfinden. Namentlich sind die Regierungsbezirke Düsseldorf, Köln und Aachen in Betracht zu ziehen. Brudergruß! Gustav Heinrich, Colporteur großer Griechenmarkt 52B. 22.

Meine Adresse ist nach wie vor: Redaktion des „Volkstaat“ oder Braunkraße 11, Leipzig. In Berlin werde ich mich während der Reichstagsession nur zeitweilig und jedesmal nur auf einige Tage aufhalten. W. Liebknecht.

Meine Wohnung befindet sich jetzt Jacobistraße 98 bei Herrn Hampe, Schneidermeister. Hildesheim, 8. Nov. 1874. Carl Kaiser, Tischler.

Verantwortlicher Redakteur: R. Preißer (Lindemann). Redaktion Hofstraße 4, Expedition Reichstraße 44, in Leipzig. Druck und Verlag der Gewerkschaftsbuchdruckerei in Leipzig.